



Des Kanzlers Sprachrohre

Wer glaubte, dass der neue Verteidigungsminister **Boris Pistorius** neue Akzente setzen würde, wurde enttäuscht. Vielleicht ist es noch zu früh, dies zu erwarten, wünschenswert wäre es aber so schnell wie möglich. Pistorius ist in erster Linie ein „guter Freund“ von **Olaf Scholz** und erst an zweiter Stelle ein „guter Politiker“. So jedenfalls die Reihenfolge der Eigenschaftennennung des Kanzlers bei der Vorstellung des neuen Ministers. Und als „guter Freund“ hat er sich gleich am ersten Tag bewährt, indem er genau das zu Putins Krieg sagte, was der Kanzler uns seit Monaten erzählt. Bloß keine Alleingänge, keine Führungsrolle übernehmen, erst mal sehen, was die anderen machen. Besonnenheit ja, dauerhafte Zögerlichkeit können wir uns in diesen Zeiten aber nicht leisten.

Auch **Ralf Stegner**, der SPD-Außenpolitiker, sagte bei **Sandra Maischberger** nichts anderes als sein Kanzler. Das Rededuell in der Sendung zwischen Stegner und dem CDU-Außenpolitiker **Norbert Röttgen** hinterließ die Zuschauer ratlos. Beide widersprachen dem jeweils vom anderen Gesagten. Erkenntnisgewinn gleich Null. Wer hat Recht? Keine Ahnung.

In den Medien sind **Ralf Stegner** und **Michael Müller** als Außenpolitik-Experten präsent. Sie gehören zum Team Scholz und setzen auf Verhandlungen. Als gelungene Beispiele von Verhandlungen werden das Getreideabkommen und der Austausch von Gefangenen genannt. Es geht aber um mehr, nämlich, wie kann wenigstens ein Waffenstillstand gelingen. An das Ende des Krieges glaubt gegenwärtig kein Experte, ganz im Gegenteil. Auch 2023 wird im Zeichen des Angriffskrieges auf die Ukraine stehen.

Putin will nicht mit der Ukraine verhandeln, sondern nur über sie. Bloß mit wem? Und was käme dabei heraus? Ein Diktatfrieden, wie ihn **Olaf Scholz** zu Recht schon vor Monaten abgelehnt hat? Kann der Ukraine zugemutet werden, auf Teile ihres Territoriums einfach so zu verzichten? So einen dicken gordischen Knoten gab es selten und niemand ist in Sicht, der ihn durchschlagen könnte.

Ein Leser sagte mir kürzlich am Telefon, dass letztlich die Ukraine auf die von Putin „eroberten“ Gebiete werde verzichten müssen, um Frieden zu bekommen. Putins Ziel, das er bislang nicht aufgegeben hat, ist, die Ukraine vollständig unter seine Kontrolle zu bringen und die demokratisch gewählte Regierung durch seine Leute zu ersetzen. Vermutlich hieße

dann der neue Präsident Wagner, wenn dieser Scherz erlaubt sei. Während Stegner und Müller über diplomatische Lösungen schwadronieren, hört man vom Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, **Michael Roth**, nichts mehr. Nach einer Auszeit, die er sich im Juni/Juli 2022 nahm, äußerte er sich bei **Deutschlandfunk Kultur** im August 2022. „Der Ukraine zum Sieg zu verhelfen sei im Interesse Deutschlands und Europas.“ Das würden Scholz, Pistorius, Stegner und Müller so nicht sagen. Die Annahme ist auch falsch, denn **die Ukraine kann gegen Russland den Krieg nicht gewinnen**. Es gibt m.E. nur eine Möglichkeit, das Morden durch Putins Söldner zu beenden, nämlich die Einsicht, dass er, Putin, diesen Krieg nicht gewinnen kann. Und um dieses Ziel zu erreichen, muss die Ukraine weiterhin mit Waffen unterstützt werden, um sich zu verteidigen.

Kritisch sehe ich, dass die Ukraine die gelieferten Waffen dazu einsetzt, um die von Putin „eroberten“ Gebiete zurückzugewinnen. Vielmehr sollten die Waffen dazu genutzt werden, dass Putin keine weiteren Gebiete unter seine Kontrolle bringt. Vor allem ist die Region um Odessa zu schützen. Machen wir uns doch nichts vor, **aus den Separatistengebieten um Donezk und von der Krim wird sich Putin nie zurückziehen**. Es ist verständlich, dass die Ukraine diese Gebiete zurückerobert will, es wird ihr nicht gelingen, egal welche Fantasienamen die Panzer tragen.

Bei **Markus Lanz** wurde in dieser Woche die Frage erörtert, warum nicht **Marie-Agnes Strack-Zimmermann** neue Bundesverteidigungsministerin geworden ist. Das war natürlich eine Scheindebatte, weil dies einen größeren Umbau des Kabinetts erfordert hätte. Strack-Zimmermann forderte in der ZDF-Talk-Show von Lambrechts Nachfolger Pistorius, „dass er am Kabinetttisch die Interessen der Bundeswehr zu vertreten hat und nicht der lange Arm des Bundeskanzlers“ sein darf.

Die Bundeswehr stehe „blank da“, wie wir in dieser Woche mal wieder zu hören bekamen. „Aus diesem Grund sei eine tiefgreifende Reform der Bundeswehr nötig. Im Verteidigungsausschuss des Bundestages liegt dazu eine Bestandsaufnahme vor.“ Der Militär-experte **Sönke Neitzel** urteilte bei Lanz: „Wenn Sie dieses Dokument lesen, wer sich das antut, es ist eine intellektuelle Beleidigung.“ Darin stünden nur Dinge, die längst bekannt seien. „Frau Strack-Zimmermann und ich hätten dieses Papier in zwei, drei Tagen schreiben können, im Wesentlichen.“ Unter



diesen Umständen ist es erstaunlich, dass Deutschland überhaupt etwas an die Ukraine liefern kann. **paperpress** verfügt über eine muntere Leserschaft. Über eine halbe Stunde hat mir ein Leser versucht zu erklären, dass der Krieg nur durch Verhandlungen beendet werden könne. Wer auch immer müsse sich darum kümmern. Wenn eines Tages die gesamte Ukraine in Schutt und Asche liege, gäbe es nichts mehr zu verhandeln. Alle diese Argumente legen indirekt der Ukraine nahe, aufzugeben und sich mit dem Status Quo abzufinden.

Wir bekommen auch deutliche Worte in E-Mails übermittelt. Nachdem ein Leser „wiederholt unsere Pro-Krieg und Endsieg-Voraussagen zugunsten der Ukraine“ lesen durfte, hat er uns eine „ernsthafte Studie“ übersandt, „wonach der politisch wache Ostdeutsche gute Gründe hat, der Vertuschung der wahren US-Interessen in ‚unseren‘ Medien (paperpress eingeschlossen) keinen Glauben zu schenken.“

Michael Seidel ist seit 2013 Chefredakteur der **Schweriner Volkszeitung**. Er schreibt: „Eine neue Studie des Mercator Forum Migration und Demokratie (Midem) der Universität Dresden belegt, dass die Haltung gegenüber dem Ukraine-Krieg in Ostdeutschland generell skeptischer ist als in den westlichen Bundesländern und in den meisten westeuropäischen Ländern. Midem-Direktor **Hans Vorländer** folgert aus seiner Studie, „in den nächsten Monaten könnte ein Stresstest für die Solidarität mit der Ukraine anstehen“.“

Die Befragung zeige, „dass im Osten mehr als ein Drittel der Befragten eine Teilschuld für den Krieg bei der Nato sieht – ähnlich wie in Tschechien und Ungarn.“ „Wer aber die Ostdeutschen für ihre andere Haltung verurteilt, zumal mit klischeehaften West-„Argumenten“ wie ‚Putin-Versteher‘ oder dergleichen, liegt völlig daneben.“ Viele Ostdeutsche hätten andere Lebenserfahrungen mit Russen und Ukrainern. Viele „studierten oder lernten in Moskau, Leningrad oder Krywyj Rih.“ Und „viele schufteten in Matsch und Schnee, bei klirrendem Frost oder sengender Hitze an jenen Gas- und Öl-Pipelines mit, die heute boykottiert werden. Das trifft solche Menschen ins Herz, besonders, wenn ihre eigene Lebensqualität darunter leidet.“

„Außerdem haben zumindest politisch wache Ostdeutsche ein feines Gespür für das, was ‚zwischen den Zeilen‘ steht, also für das Unausgesprochene, das Zweideutige, das Verschwiegene und Geheime. Und so wird durchaus unterstellt, dass ‚der Westen‘, ‚die Politik‘ und ‚die Medien‘ nicht die ganze Wahrheit

über Kriegsursachen, Motive der Beteiligten und tatsächliche Interessenslagen in diesem Stellvertreterkrieg preisgäben. Die öffentliche Wahrnehmung wird dominiert von einer Schwarz-Weiß-Sicht und dem Mantra einer ‚wertegeleiteten‘ Außen- und Sicherheitspolitik, die nur einen Schuldigen kennen will.“

Michael Seidel schließt seinen Artikel, der nicht frei von Verschwörungstheorien ist, mit dem Satz: „Vielleicht sollte man sich weniger über ostdeutsche Eigenarten in der Betrachtung der Weltlage ereifern, sondern mehr Klarheit und Wahrheit wagen bezüglich der Interessens- und Motivlagen in diesem Krieg. Und zudem lohnte es, den Ursachen für diese ostdeutschen Eigenarten auf den Grund zu gehen.“

Es könnte auch sein, dass andere politisch ebenso wache Ostdeutsche zu der Ansicht gelangen, dass es keinen Grund auf dieser Welt geben kann, der es rechtfertigt, dass ein Land ein anderes überfällt, deren Menschen tötet und die Infrastruktur vernichtet. Niemand hat Russland bedroht, weil sich niemand mit einer Nuklearmacht anlegt. Die baltischen Staaten können sich vor Putin nur deshalb sicher sein, weil sie der NATO angehören. Die NATO mag alles sein, aber kein kriegslüsternes Bündnis. Wer bestimmt denn die „Interessens- und Motivlage“ in diesem Krieg? Doch nicht die NATO. Der Einzige, der ein Interesse hat, die Ukraine zu unterjochen, heißt **Wladimir Putin**. Ein Studium in Moskau kann einen doch nicht derart die Sicht verstellen.

Ein anderer Leser beklagt das „weltumspannende US-Imperium.“ Die Liste der Missetaten der USA ist lang und inakzeptabel. Einerseits. Andererseits wäre ohne die USA der Westteil Berlins und seit 1990 die ganze Stadt, nicht die Komfortzone, in der wir leben. Ohne die USA hätte es keine Wiedervereinigung gegeben.

Der Leser macht sich Gedanken: „Ich denke die deutsche Regierung würde auch Gegenmaßnahmen ergreifen, wenn z.B. Polen in ein inoffizielles, aber finanzstarkes Bündnis mit China eintreten würde, die Sprache der deutschen (sehr kleinen) Minderheit wieder diskriminieren würde und sich Schützengrabenkanonaden mit ‚deutschen Dörfern‘ liefern würde. Ein anderes Beispiel: Wenn die dt. Regierung die bayrische Sprache diskriminieren würde, was würden die Bayern dann wohl machen?“

Wir haben dem Leser geantwortet, dass Deutschland nicht erneut, wie 1939, Polen überfallen und vernichten würde. Was jedoch die Bayern machen würden,



paperpress

seit 1976



Nr. 609-16

21. Januar 2023

48. Jahrgang

ist ungewiss. Sie würden Preußen vermutlich mit Weißwürsten bombardieren.

Ed Koch